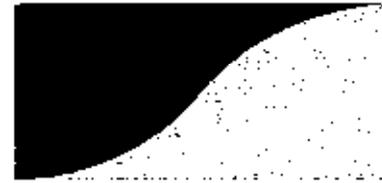


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 845 pbbn d



Inhalt

Professor Klaus-Dieter Osswald MdB zu den Ereignissen in Algerien: Nötig ist der Mut zum Neubeginn.

Seite 1

Wilhelm Schmidt MdB zu einem von Arbeitsminister Blüm unterstützten Werbefilm: Eine Diskriminierung der Kurangebote.

Seite 3

Willi Kaiser MdL zur unsozialen Altenpolitik der CSU-Staatsregierung: Sozialministerium kürzt Mittel für Seniorenhilfe.

Seite 4

Peter Paul Gantzer MdL zum Umgang Bayerns mit Polizeibeamten, die es ablehnten, einen Trauerflor anzulegen: Empfindungen angeordnet.

Seite 5

Dokumentation:

Aus der Entschließung „Die Zukunft heißt Europa“, die die SPD-Frakturen des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses gemeinsam gefaßt haben, dokumentieren wir den Abschnitt, der sich mit den Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen West und Ost befaßt.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

43. Jahrgang / 196

12. Oktober 1988

Algerien braucht den Mut zum Neubeginn

Zur Lage in dem Maghrebstaat

Von Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB

SPD-Koordinator in der Parlamentarischen Vereinigung Euro-Arabische Zusammenarbeit

Nach dem Iran und dem Libanon ist Algerien nun das dritte arabische Land, das sich praktisch über Nacht tiefgreifenden politischen Erschütterungen ausgesetzt sieht. Obwohl im Einzelfall die Ursachen unterschiedlich sind, gibt es doch grundlegende Parallelen. Alle drei Länder gehören zu der Gruppe der orientalischen Staaten, die eine mehr oder weniger lange Phase der Modernisierung und Verwestlichung erlebt haben. Im Libanon geschieht dies seit dem Ende des letzten Jahrhunderts vor allem aufgrund der Unterstützung Europas der christlichen Libanesen und der Libanon wurde dadurch zum liberalsten und westlichsten Staat im Nahen Osten überhaupt. Im Iran versuchte der Schah mit seiner „weißen Revolution“ das ehemalige Agrarland in einem Gewaltakt zu modernisieren und setzte dafür seinen Erdölreichtum ein. In Algerien fußte der Aufbau eines modernen Staates vor allem auf dem berechtigten Stolz, als einziges arabisches Land die jahrhundertelange Kolonialherrschaft in einem heroischen Befreiungskrieg abgeschüttelt zu haben. Auch hier sollte der Erdölsegen den Aufbau des neuen Staates sicherstellen.

In allen drei Ländern wurden aber auch fast die gleichen Fehler begangen, indem nicht erkannt wurde, daß sich Traditionen und die arabisch-islamische Mentalität viel langsamer verändern lassen, als die ökonomischen Strukturen. Überall wurde bei einem forcierten Aufbau von Industrie und Prestigeprojekten die Land-



Wirtschaft vernachlässigt. Weiterhin kamen in allen drei Ländern die Modernisierung und deren positive Effekte nicht gleichmäßig allen Bevölkerungsschichten zugute.

Profitiert haben überall zuerst einmal die städtischen Mittelschichten. Vernachlässigt wurden im Iran die Bauern, im Libanon die Schiiten und in Algerien das städtische Proletariat, Landarbeiter und ethnisch gesehen die Berber.

So war es in allen drei Ländern nur eine logische historische Konsequenz, daß diese vernachlässigten Gruppen, die zudem in allen drei Ländern auch ein starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen haben, irgendwann einmal auf die Barrikaden gehen. Dies ist dann das Klima, von dem alle möglichen extremistischen Gruppierungen profitieren, seien diese religiös-fundamentalistisch oder ethnisch motiviert.

Die Folgen sind bekannt. Der Iran machte unter Khomeini einen Schritt zurück ins fundamentalistische Mittelalter; die ehemalige „Schweiz des Orients“, der Libanon, zerfleischte sich selbst und verlor seine früher allseits geschätzte Liberalität.

Es wäre falsch, das, was zur Zeit in Algerien passiert, vordergründig als einen weiteren Erfolg des islamischen Fundamentalismus zu deuten. Dieser profitiert zwar von den Unruhen und versucht diese für seine Ziele auszunutzen, ist aber nicht der eigentliche Auslöser.

Algerien ist ein Musterbeispiel für ein Land, das trotz Unabhängigkeit und trotz zusätzlicher Einkommen durch Erdöl es nicht geschafft hat, eine dauerhaft prosperierende Wirtschaft aufzubauen. Das Land, das früher die Kornkammer Nordafrikas war und noch unter der französischen Kolonialherrschaft eine blühende Landwirtschaft hatte, muß heute ein Drittel seiner Deviseneinnahmen für Lebensmittel ausgeben und 60 Prozent seines Getreidebedarfs importieren. Viele Lebensmittel des gehobenen Bedarfs und bessere Konsumgüter gibt es nur selten oder gar nicht. Wichtige Nahrungsmittel wie Fleisch werden immer teurer.

Ein weiteres Problemfeld ist die steigende Arbeitslosigkeit. Vor allem Jugendliche in den großen Städten haben wenig Aussicht auf eine gute Berufsausbildung noch auf Beschäftigung. Die Bevölkerungsexplosion in Algerien führte zudem dazu, daß die Bevölkerung in der Zeit vom Beginn der Unabhängigkeit bis heute von zehn auf 23 Millionen Menschen gewachsen ist. So wird das geringe Wirtschaftswachstum von etwa einem Prozent durch das Bevölkerungswachstum von circa drei Prozent mehr als aufgeessen.

Es ist nicht ganz fair und man macht es sich bestimmt zu leicht, würde man die ganze Problemfülle Algeriens nur der „sozialistischen Mißwirtschaft“ anlasten, wie dies die „FAZ“ in einer Artikelüberschrift tat. Ohne Zweifel sind viele der Probleme des Landes durch gescheiterte sozialistische Experimente und durch ein starres System mit einer lange Zeit hindurch unflexiblen dogmatischen Führung verschärft worden. Andererseits muß aber auch positiv vermerkt werden, daß inzwischen ein Umdenken begonnen hat und daß vor allem in der Vergangenheit Algerien durch seine Revolution viele Ungerechtigkeiten und soziale Probleme der Kolonialzeit abgeschafft hat.

In vielen Bereichen wurde Algerien ein Vorbild für andere arabische Länder, sei es im Bildungsbereich, sei es in der Frauenemanzipation oder auch auf dem Gebiet der Landreformen, die jedoch allerdings von ihrem Ansatz her besser waren als dann in der Verwirklichung. Zudem muß Algeriens positive Rolle im Rahmen der Bewegung der Blockfreien ebenso gewürdigt werden wie auch seine Rolle als moderater Staat im Geflecht der verschiedenen Nahostkonflikte.

Ohne Zweifel sieht sich Algerien nun einer großen Herausforderung gegenüber, auf die es bisher alles andere als gelassen reagierte. Polizeistaatliche Härte und der Einsatz des Militärs mit der Folge von Hunderten von Toten gießen nur noch weiteres Öl in das schon brennende Feuer. Notwendig ist eine nüchterne Bestandsaufnahme mit Eingeständnis der politischen Fehler und der Mut zu einem Neubeginn.

Es ist Präsident Chadli Benjedid zu wünschen, daß er die Kraft zu politischer Veränderung findet, solange dies noch ohne Eskalation der Unruhen in allgemeines Chaos möglich ist.

Der gerade langsam sich stabilisierende und zusammenwachsende Maghreb braucht alles andere als eine Radikalisierung und Unberechenbarkeit der regionalen Führungsmacht Algerien.

(-/12.10.1988/vo-ha/rs)

Eine Diskriminierung der Kurangebote

Aus Blüms Werbetopf wird ein geschmackloser Werbefilm finanziert

Von Wilhelm Schmidt MdB

Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages
Kinderbeauftragter der SPD-Fraktion

In einer schriftlichen Anfrage an die Bundesregierung habe ich auf die Herausgabe eines Werbefilms aufmerksam gemacht, durch den Bundesarbeitsminister Blüm für seine Gesundheitsreform-Gesetz werben läßt und in dem die Kurangebote diskriminiert werden.

Da tritt ein Mann in gereiftem Alter auf, schmiegt sich an eine etwa gleichaltrige Dame und sagt mit hintergründigem Lächeln:

„Stellen Sie sich mal vor, ich würde zur Kur fahren; dann hätte ich morgens einen Kurschatten, dann hätte ich mittags einen Kurschatten, dann hätte ich abends einen Kurschatten, und wenn es regnet, habe ich einen Kurschatten im Hotel. Und das alles bezahlt dann die Krankenkasse!“

Eigentlich spricht ein von diesen und ähnlichen Geschmacklosigkeiten durchzogener Werbefilm eine deutlich abschreckende Sprache, dennoch sollte nicht unerwähnt sein, daß solche Geschmacklosigkeiten von den millionenschweren Zusatz-Werbetöpfen des Blüm-Ministeriums - also von Steuergeldern - finanziert werden.

Der Heilbäderverband und andere betroffene Organisationen tun gut daran, den Film über die Landesfilmdienste möglichst oft vorführen zu lassen, damit die Geisteshaltung der Bundesregierung intensiv zutage tritt, die sowohl bei den Heilkuren als auch an vielen anderen Stellen des Gesetzesentwurfs vor allem auf die Schwäche der Versicherten und Patienten zielt und dabei die starken Anbieter (speziell Pharmaindustrie, Ärzte und Zahnärzte) verschont. (-/12.10.1988/vo-he/rs)

* * *

Unsoziale Altenpolitik der CSU-Staatsregierung

Sozialministerium kürzt Haushaltsmittel für Seniorenhilfe um acht Prozent

Von Willi Kaiser MdL

Sozialpolitischer Sprecher der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Angesichts der Verschiebung der Altersstruktur in Bayern gilt es, den Konsequenzen ins Auge zu sehen, daß im Freistaat immer weniger Menschen geboren und immer mehr Menschen alt werden. Im Jahr 2000 werden in Bayern knapp zwei Millionen Bürger leben, die 65 Jahre und älter sind. Immer weniger Jüngere müssen also für immer mehr Alte sorgen. Statt die Öffentlichkeit auf diese Veränderungen und Folgen, also auf die wachsende Bedeutung der Altenpolitik im Rahmen der Sozialpolitik aufmerksam zu machen, reagieren CSU-Sozialpolitiker darauf nur in blumigen Sonntagsreden. Denn was der CSU die Senioren im Freistaat wert sind, zeigt jetzt eindrucksvoll der vorgelegte Entwurf der CSU-Staatsregierung zum Doppelhaushalt 1989/90: Die Mittel für Maßnahmen zur Besserstellung der Alten werden um acht Prozent gekürzt.

Welch hehre Worte gebrauchte der damalige Sozialminister Karl Hillermeier noch im Januar dieses Jahres, als er den Vierten Landesplan für Altenhilfe vorstellte: „Die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger werden in den kommenden Jahren in das Zentrum der Sozialpolitik rücken. Mit dem Anwachsen des Bevölkerungsanteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung von derzeit 14,7 Prozent auf rund 16,3 Prozent bis zum Ende dieses Jahrhunderts und einem sich wandelnden Selbstbewußtsein der Senioren werden die Bemühungen für diesen Personenkreis umso wichtiger.“

Wie löst nun Hillermeiers Nachfolger Gebhard Glück dieses Versprechen ein? Überhaupt nicht, denn in dem von ihm zu verantwortenden Entwurf des Haushaltsplans 1989/90 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministers für Arbeit und Sozialordnung werden die Mittel für die Altenhilfe drastisch gekürzt. 5,2 Millionen Mark sah der Etat '88 für Zuschüsse zu Maßnahmen der offenen Altenhilfe vor. 1989/90 will die CSU-Staatsregierung für Mahlzeitendienste, Altentagesstätten und Altenklubs nur noch 4,7 Millionen, also 500.000 Mark oder rund acht Prozent weniger ausgeben.

Auch die Darlehen für Neu- und Erweiterungsbauten von Altenheimen an Gemeinden und Wohlfahrtsverbänden werden um 1,6 Millionen, von 33 Millionen auf 31,4 reduziert. Für die Verbesserung von Altenheimen, der Errichtung von Altenbetreuungscentren, für Therapieeinrichtungen und die Ausstattung von Pflegeplätzen will die CSU-Staatsregierung 2,9 Millionen weniger zur Verfügung stellen. Summa summarum will das Sozialministerium fünf Millionen Mark jährlich auf dem Rücken der bayerischen Senioren einsparen, ebenso vier Millionen Mark Verpflichtungsermächtigungen.

Die Haushaltsansätze für den Landesaltenplan zeigen also deutlich: Seniorenpolitik ist für die CSU-Staatsregierung nur ein Lippenbekenntnis. Der federführende Staatsminister Glück ist nicht in der Lage, die eigenen Erkenntnisse über die Zunahme der Zahl der alten Menschen und den sich daraus ergebenden steigenden Bedarf an Pflegeplätzen und Serviceeinrichtungen in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Als „Anpassung an die finanzwirtschaftlichen Erfordernisse“ begründet die CSU kaltschnäuzig die Fünf-Millionen-Kürzung für Maßnahmen einer dringend notwendigen besseren Seniorenpolitik. Ins Zentrum der CSU-Sozialpolitik rückt also der Sozialabbau.

Die SPD-Landtagsfraktion wird dem durch entsprechende Initiativen im Parlament vehement entgegengetreten.

(12.10.1988/vo-he/rs)

Freistaat Bayern will Empfinden verordnen

Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte, die Trauerbekundung für Strauß verweigerten

Von Peter Paul Gantzer MdL

Bei allem Verständnis für den Umfang der Staatstrauer für den verstorbenen Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in der vergangenen Woche gab es Anordnungen des Bayerischen Innenministeriums, die über das Trauergefühl jedes normal denkenden Menschen bei weitem hinausgingen.

Während die SPD darauf verzichtet, näher nachzufragen, wo denn beispielsweise die Rechtsgrundlage für die Anordnung der „stillen Tage“ aus diesem Anlaß zu finden ist, halte ich es für nicht vertretbar, daß die bayerischen Polizeibeamten während der ganzen Trauertage verpflichtet wurden, am linken Unterarm einen Trauerflor zu tragen.

In einem Schreiben an Innenminister August Lang habe ich festgestellt: „Es ist normal, wenn an öffentlichen Einrichtungen auf Halbmast geflaggt ist. Und es ist jedem Menschen unbenommen, persönlich seine Anteilnahme zu zeigen. Dieses muß auch für Polizisten gelten... Mit ihrem Erlaß haben Sie die Polizei jedoch geradezu zu Leibeigenen des Ministerpräsidenten abgestempelt.“ Schließlich sei das Tragen eines Trauerflors den übrigen Beamten des Freistaates auch nicht verordnet worden.

Besonders empörend ist die Tatsache, daß in mindestens zwei mir bekannten Fällen Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte angekündigt wurden, die sich geweigert hatten, den Trauerflor zu tragen. So geht es nun wirklich nicht. Ich habe Innenminister Lang gebeten, in der nächsten Sitzung des Sicherheitsausschusses des Landtags über den Vorgang zu berichten, insbesondere ob noch weitere Beamte in diesem Zusammenhang von disziplinarrechtlichen Maßnahmen bedroht sind. Wir erwarten, daß diese Maßnahmen sofort eingestellt beziehungsweise aufgehoben werden und behalten uns weitergehende parlamentarische Initiativen vor. (-/12.10.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Die Chancen für eine systemübergreifende Kooperation sind gewachsen

Unter dem Titel „Die Zukunft heißt Europa“ haben die SPD-Fraktionen im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus aus Anlaß der Berlin-Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion einen Entschliesung gefaßt. Wir dokumentieren daraus den Abschnitt, der sich mit den Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Ost und West befaßt, die sich aus dem Umgestaltungsprozeß im Osten ergeben.

Abrüstungsvereinbarungen, Rüstungskontrollregelungen und die Bereitschaft zu regionalen Konfliktlösungen haben die Chancen für eine systemübergreifende Kooperation zwischen Ost und West grundsätzlich vergrößert. Eine wirkliche Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Großmächten sowie zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den RGW-Ländern erfordert jedoch insgesamt einen Wandel der Außenpolitik. Entscheidend aber bleibt: Ohne einen Erfolg des von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion ausgelösten Reformkurses wäre sie nicht realisierbar!

Wir Sozialdemokraten verfolgen die Entwicklung bei unseren östlichen Nachbarn, die offenkundig von stärkerer Beachtung der individuellen Menschenrechte und mehr Meinungsvielfalt begleitet ist, mit Sympathie. Das anhaltende Zurückfallen der RGW-Länder in ihrer technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung und der dadurch bedingte geringere Wohlstand ihrer Bürger drohten zu einem destabilisierenden Element zu werden. Abbau militärischer Konfrontation und mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit vergrößern dagegen die Chancen einer dauerhaften Friedenssicherung in Europa.

Die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft der meisten RGW-Länder, die offensichtlich von einer stärkeren marktwirtschaftlichen Ausrichtung des gesamten Wirtschaftssystems getragen wird, konstatieren wir mit größtem Interesse. Die mit der zunehmenden Entideologisierung einhergehende Demokratisierung und Dezentralisierung rühren an bisher unüberwindbar scheinende Tabus. Besitzstände und Privilegien werden infrage gestellt, Gegenkräfte geweckt.

Wir Sozialdemokraten begrüßen diesen Prozeß der Umgestaltung und zu größerer Transparenz nachdrücklich. Wir sehen mit seinem erfolgreichen Abschluß die große Chance eines neuen und durch gemeinsame Aufgaben verbundenen Europa, in dem die Grenzen ihren trennenden Charakter verloren haben und das „Gemeinsame Europäische Haus“ Wirklichkeit werden kann.

Die soeben von EG und RGW unterzeichnete Gemeinsame Erklärung zeigt das Interesse unserer östlichen Nachbarn nach mehr wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Dieses Interesse darf nicht durch einen sich nach außen abschottenden Europäischen Binnenmarkt zurückgewiesen werden.

Die Bundesregierung muß ihr politisches Gewicht in der Gemeinschaft einsetzen, um eine Intensivierung der Zusammenarbeit der EG mit den RGW-Ländern zu erreichen. Wir Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung erneut auf, den verschuldeten Ländern des RGW bei der Schuldenregulierung behilflich zu sein. Wert- und Mengenkontingente, die möglichen Exportsteigerungen dieser Länder entgegenstehen könnten, sollten abgebaut werden.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie sich endlich nachdrücklich bei den USA für eine Bereinigung der COCOM-Listen einsetzt. Wir sind nicht gegen Exportkontrollen bei Waffen und Rüstungsgütern, aber wir sind gegen willkürlich erscheinende Restriktionen, die häufig genug den Verdacht aufkommen lassen, daß sie nicht aus sicherheitspolitischen Gründen sondern vielmehr aus handelspolitischen Interessen ergangen sein könnten.

(-/12.10.1988/va-he/rs)